

Der Mahnruf

Organ für Arbeitslose und Arbeiter

Verwaltung und Redaktion: Elisabethengasse Nr. 20.

Sprechstunden von 9-12 Uhr vorm. und von 6-7 Uhr abends.

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.20

Einzelpreis 10 Groschen

Nummer 15

Graz, vierte Wochensache 1927

1. Jahrgang

Auf der Suche nach einem Kriegsgrund. Der Sinn der englischen Provokation.

Mit jedem Tag wird es klarer: England ist auf der Suche nach einem wirksamen Kriegsgrund oder besser gesagt, England versucht mit allen Mitteln Sowjetrußland einen Kriegsgrund aufzuzwingen. Zuerst ließ es durch den britischen Gesandten in Peking Tschang Tjo Lin auffordern, die russische Volksgast zu besetzen. Ein Einmarsch russischer Truppen als Antwort auf diese Provokation, das war die stille Hoffnung Englands. Eine derartige Sanktion sollte Japan, das mit Argusaugen jeden Schritt Sowjetrußland in China verfolgt, in die Arme Englands treiben. Sowjetrußland durchschaute die plumpe Provokation, und begnügte sich mit einem scharfen Protest. So sah sich England gezwungen, noch größere Mittel der Provokationstechnik in Anwendung zu bringen. Die Zeit drängte. Auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf war Sowjetrußland erschienen und mit mehr oder weniger Grund mußte England fürchten, daß es unumgänglich sein werde, alle kapitalistischen Mächte, von denen die meisten an Exportmangel leiden, zum Wirtschaftsblock gegen Rußland zu veranlassen.

Und neben dieser Gefahr, die wachsenden Schwierigkeiten Englands im Innern. Das Antigewerkschafts-geseß alarmiert die Massen. Haß und Erbitterung gegen die frechen Provokationen der Regierung wachsen in der Arbeiterschaft, in den Gewerkschaften, insbesondere bei den Verarbeitern, deren Löhne neuerdings gekürzt werden sollen. Es geht ein scharfer Ruck nach links durch die Massen des englischen Volkes. Das ist der innen- und außenpolitische Hintergrund des Überfalles auf die russischen Genossenschaften.

„Unter dem Deckmantel des Handels betreiben sie Kommunismus“, da muß das vorgeschobene Material beweisen, damit bei allen kapitalistischen Staaten der Schreck vor dem Gespenst des Kommunismus über die lodende Kata Morgana großer Profite beim Handel mit Rußland siege.

„Sie unterwählen unser Land, sie fälschen britische Banknoten“ das muß den britischen Kleinbürger bewiesen werden, deren Nationalgefühl wohl am empfindlichsten wird, wenn man ihm mit dem Gespenst der Geldentwertung kommt.

„Die Bundesgenossen der britischen Bergarbeiter bereiten mit russischen Geld den Umsturz in England vor, verzehnen Armee und Flotte“ so wird die englische Bourgeoisie rufen und beweisen (!) um in den Reihen der Bergarbeiter zwischen den fortschrittensten Bergarbeitern und den gemäßigten Transportarbeitern einen Keil hinein zu treiben.

Für alle Bedürfnisse britisch-reaktionären Innen- und Außenpolitik sollen die vielen beschlagnahmter Korrespondenzen sorgen! War der gefälschte Sinow-aembrief einst ein gelungener Wahltrick, um den Konserwativen die parlamentarische Macht zu sichern, so sollen Dutzende von Fälschungen erhalten, um die parlamentarische Macht innen- und außenpolitisch zu festigen, und neben allen diesen Gründen noch die leise Hoffnung: Vielleicht reißt Sowjetruß- und doch endlich die Geduld, vielleicht, erklärt es den

Skandalöse Zustände beim Arbeitslosen = Amt Graz.

Die Arbeitslosenämter, die in ganz Österreich vom Staate aus eingerichtet sind, haben außer der Arbeitsvermittlung noch die technische Regelung der sozialen Fürsorge für die arbeitslos Gewordenen über. Zwei Instanzen, die Schiedskommission und die sogenannte Industrielle Bezirkskommission entscheiden ob ein Arbeitsloser unterstützungsberechtigt ist und für welche Zeitdauer die Arbeitslosenunterstützung gewährt wird. Die Vertreter der Unternehmer sowie die Vertreter der Arbeiter sind in diesen Kommissionen zu gleichen Teilen vertreten und diesem Forum müssen von dem technischen Personal der Arbeitslosenämter alle Fälle zur Entscheidung vorgelegt werden. Hier beginnt nun die Skandalaffäre, die sich bei einer dieser Kommissionen, der Industriellen Bezirkskommission Graz, herauskristallisiert hat.

Die Behandlung der Arbeitslosen durch diese Kommission hatte sich seit dem Jänner 1927 in unerhörter Weise verschlechtert. Den Arbeitslosen der Provinz wurde in auffallend großer Zahl die Unterstützung eingestellt. Refurse wurden oftmals keiner Erledigung zugeführt. Neugemeldete Arbeitslose kamen wochenlang nicht in den Bezug der Unterstützung und den in Bezug stehenden wurde sie unter dem Vorwande, daß Kontrollerhebungen, die sich ebenfalls wochenlang hinzogen, notwendig seien, entzogen.

Ein brutaler arbeitsloseneindlicher Kurs war ganz merkwürdigerweise gerade seit dem Jänner 1927 bei der Industriellen Bezirkskommission eingezogen. Merkwürdig deshalb, weil dieser Kurs trotz der Arbeitervertreter, die in den Kommissionen vertreten sind, in Szene gesetzt werden konnte. Viele Arbeitslose wurden dadurch hart an den Rand der Verzweiflung gebracht, vielen Kindern wurde das letzte Stück Brot aus der Hand gerissen und Mütter kamen weinend und diese Zustände fürchterlich anklagend zu uns, um Abhilfe zu erlangen.

Ein großes Fragezeichen

blieb anfangs die Ursache dieser seit dem Jänner 1927 eingetretenen Veränderung, bis es endlich gelang, dem schändlichen Treiben auf die Spur zu kommen. Es war den Vertrauensmännern der Arbeitslosen bei der Beobachtung dieses arbeitsloseneindlichen Kurzes im

Verlaufe der Zeit aufgefallen, daß die meisten Ablehnungen besonders aus jenen Sitzungen der Industriellen Bezirkskommission stammten, in denen ein gewisser Dr. Jäger referierte. Die Fortsetzung dieser Beobachtungen bestätigte vollaus, daß überall dort wo Dr. Jäger die Hand im Spiele hatte, die Arbeitslosen schikaniert wurden. Bevor Dr. Jäger noch Referent der Industriellen Bezirkskommission war, machte sich dies schon bemerkbar.

Im September des Jahres 1925 wurde er beim Schalter für höhere Verufe als Beamter eingestellt, er, der selbst ein volles Jahr arbeitslos war. Das hinderte ihn aber durchaus nicht, den Kollegen von gestern aus der großen Armee in empörend arroganter Weise zu behandeln. Von den Arbeitslosen, die mit ihm zu tun hatten, wurde er bald mißachtet oder als Affengeißel ob seiner Arroganz abgetan. Einer hatte an ihm aber Gefallen gefunden und das war Dr. Kranitzsch, der Leiter der Industriellen Bezirkskommission Graz.

Doktor Jäger

wurde befördert. Dr. Kral, ein alteingesessener Referent wurde dadurch ganz in den Hintergrund gestellt. (Dies nur nebenbei.) Es war im Jänner 1927. Er vertauschte die Stelle des Schalterbeamten mit der Stelle eines Referenten bei der Industriellen Bezirkskommission Graz, Bürgergasse, 2. Stock. Von Natur zu einer krankhaften Überhebung veranlagt, richtete diese Beförderung in seinen Gehirnen eine heillose Verwirrung an. Er bemerkte es gar, wie er durch sein hochfahrendes Wesen immer lächerlicher und dem Gahn am Mißtrauen ähnlicher wurde. Um das knabenhafte Aussehen, das ihm zu seinem Leidwesen anhaftet, zu mildern, kam er auf den grotesken Einfall, sich große gelbe Hornbrillen anzuschaffen (an diesem Zeichen sollt ihr ihn erkennen), deren pfauenmäßige Wirkung ebenso die Lachmuskeln in Bewegung setzen.

Wie war es nun diesem Menschen, der nur ein technischer Hilfsbeamter ist, möglich, Arbeitslose, vielfach mit Frau und Kind, um

Krieg! Das wäre der Wunsch der Herren der Londoner City, daß sie mit ihren Provokationen Sowjetrußland den Zeitpunkt eines Krieges vorschreiben könnten, wobei England noch die Pose des „Angegriffenen“ mimen würde. Sowjetrußland will den Frieden, den Frieden um den großartigen Um- und Aufbau seiner Wirtschaft vollziehen zu können. Sowjetrußland läßt sich nicht provozieren.

Möge es England, wenn es die Lehren der Vergangenheit vergessen hat, wagen, mit bewaffneter Faust Sowjetrußland zu überfallen! Dann wird es erleben, daß angehts eines solchen verbrecherischen

Krieges nicht nur die Millionenmannen des russischen Arbeiter- und Bauernvolkes sich zur leidenschaftlichen Abwehr erheben, sondern daß die Fronten zwischen Kapital und Arbeit, aufgerollt durch einen imperialistischen Krieg, nicht allein an den Grenzen Sowjetrußlands verlaufen, sondern mitten durch die Städte und Bergwertreviere Englands selbst und alle kriegsführenden kapitalistischen Scaten gehen, daß ein solcher Krieg nur der Beginn eines gigantischen Bürgerkrieges sein kann, in dem das Proletariat jedes Landes mit bewaffneter Faust seine eigene Bourgeoisie zu Boden schlägt.

die Unterhügung zu bringen, sie hungern zu lassen. Das Mittel ist ganz einfach.

Die Geschäftsgebarung bei der Industriellen Bezirkskommission ist fast unkontrollierbar und unkontrollierbar ist bis heute die Stellung der Referenten der Schieds- und Industriellen Bezirkskommission.

Arbeiterfeindliche Elemente können bei diesem System mit den Arbeitslosen Schindluder treiben wie sie wollen. Die Arbeitslosen sind mit Haut und Haar solchen niederträchtigen Subjekten ausgeliefert. Der Mißbrauch dieser Vertrauensstellung kann nicht hart genug bestraft werden, denn das Opfer sind hier Menschen, die durch eine solche Kreatur zur Verzweiflung ja in den Tod getrieben werden können.

Kontrolllos war auch die Tätigkeit Dr. Jägers.

Dr. Jäger konnte das Ansuchen eines Arbeitslosen der Kommission zur Entscheidung vorlegen, aber er mußte es nicht. Der kontrolllose Zustand erlaubt es ihm ohneweiters, daß er von 200 Ansuchen um Unterhügung nur 100 der Kommission vorlegte und die übrigen 100 aus eigenem von der Unterhügung ablehnte. Und niemand weiß, ob er diesen kontrolllosen Zustand nicht gegen die Arbeitslosen ausnützte. Er ist ein Deutschnationaler! Und eine Spur führt von Dr. Jäger zu Dr. Höhn, dem Sekretär und Scharfmacher des Industriellenverbandes.

Fest steht aber seine Beförderung im Jänner und die große Zahl der Ablehnungen seit Jänner. Fest steht die Tatsache, daß er im eigenen Machtbereich zu entscheiden hat, ob eine Entscheidung der Industriellen Bezirkskommission rechtskräftig wird oder nicht, oder ob durch Vorbringen eines neuen Tatsachenmaterials die Partei zu einer neuerlichen Sitzung vorgeladen werden kann.

Diese Zustände bei der Industriellen Bezirkskommission erlaubten ihm die Befriedigung seiner arbeitslosenfeindlichen Gelüste. Er konnte mit den Arbeitslosen, wenn es ihm beliebt, Fußball spielen. Ein schwarzer Schleier ist über seine Tätigkeit gebreitet, die schwersten Verdachtsgründe, über den Kopf der Kommissionsbeisitzer gehandelt zu haben, liegen gegen ihn vor.

Es ist nur selbstverständlich, daß Dr. Jäger bis zur reiflichen Klärung von seiner Stelle enthoben werden muß. Den Arbeiter-Vertretern, der Gewerkschaft und den Vertrauensmännern der Arbeitslosen muß es ermöglicht werden, seine gesamte vergangene Tätigkeit einer Kontrolle zu unterziehen. Dr. Jäger war rücksichtslos gegen die Arbeitslosen, rücksichtslos muß gegen ihn vorgegangen werden. Wer es versuchen sollte, ihm die Stange zu halten, solidarisiert sich mit seiner Tätigkeit. Wer sich mit Dr. Jäger solidarisiert, gehört aber ebenso wie er unter Fallbeil. Die von Dr. Jäger zur Verzweiflung getriebenen Arbeitslosen müssen gerächt werden. Die Gesamtheit der Arbeitslosen wird es fordern und darauf bestehen. Den Arbeitslosen-Vertretern muß aber endlich das Recht eingeräumt werden, bei den Sitzungen der Schieds- und Industriellen Kommission anwesend zu sein und Informationen und Aufklärungen zu jeder Zeit verlangen zu können.

Dieses Ereignis hat wieder zur Gänze die Berechtigung dieser Forderung dokumentiert.

Die Weltwirtschaftskonferenz und die Arbeitervertreter.

Drei Wochen lang bereits die Konferenz von der wir schon in der ersten Maiwoche berichtet haben. Unter den 140 Delegierten der Konferenz befinden sich 18 Arbeitervertreter, die von kapitalistischen Regie-

rungen entsandt wurden und eine Delegation aus Sowjetrußland. Die Arbeiter-Delegation der kapitalistischen Regierung zählt unter anderem Emmy Freundlich und Friedrich Adler zu ihren Mitgliedern. Die Sowjetrußische Abordnung besteht aus Solominow, Lapse und Klinischul. Beide Abordnungen haben der Konferenz ihre Vorschläge zur Lösung des Wirtschaftsproblems überreicht. Wir stellen hiemit diese Vorschläge zum Vergleich:

Vorschlag der Sowjetdelegation.

1. Annullierung aller Kriegsschulden, Kriegsentschädigungen und Reparationsverpflichtungen als einziges Mittel, um die Widersprüche, die sich infolge des Krieges von 1914 bis 1918 ergeben haben, zu liquidieren. Diese Annullierung wäre ein großer Schritt vorwärts zur Wiederherstellung des Welthandels.

2. Erhöhung der Löhne aller Industriearbeiter.

3. Wiederherstellung des Achtstundentages und Einführung der Sechsstundenschicht für alle Bergwerke und alle besonders schweren und gesundheitsschädlichen Berufe.

4. Volle Freiheit für die Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiterklasse und uneingeschränktes Streikrecht.

5. Einführung einer wirksamen Hilfe für die Arbeitslosen, besonders für die Opfer der „Rationalisierung“. Als Mittel zur Verwirklichung dieser Hilfe sind die Besitz- und Unternehmersteuern zu erhöhen und zugleich alle Formen unproduktiver Ausgaben für Militarismus, Bürokratismus, Luxusgegenstände usw. einzuschränken.

6. Kampf gegen die Preiserhöhungen auf den industriellen Märkten, vor allem der durch die Kartelle hervorgerufenen.

7. Aufhebung aller Grenzen für die Einwanderung des Bevölkerungsüberschusses von einem Staat zum anderen.

8. Abschaffung des Systems der Protektorate und Mandate, Zurückziehung der Truppen aus den Kolonien, Anerkennung des vollständigen politischen und ökonomischen Selbstbestimmungsrechtes aller Völker.

9. Beendigung der militärischen Intervention in China; China muß vollständige wirtschaftliche und politische Freiheit erhalten zum Zwecke der normalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und der übrigen Welt.

10. Aufhören jeder Art des wirtschaftlichen und politischen Boykotts der Sowjetunion. Schaffung von Beziehungen, die auf der Anerkennung der sich aus der Existenz zweier verschiedener Systeme ergebenden Differenzen beruhen:

a) Die Sowjetunion erhält Kredite zur Stärkung ihrer Kaufkraft.

b) Das ausländische Kapital erhält in der Sowjetunion Konzessionen.

c) Herstellung einer technischen Zusammenarbeit.

d) Verzicht auf Anschläge gegen die Institutionen, die organisch und untrennbar mit dem sozialistischen Wirtschaftssystem verknüpft sind, und insbesondere gegen das Außenhandelsmonopol.

11. Vollkommene und tatsächliche Abrüstung zu Lande, zur See und in der Luft, vollständige Abschaffung der stehenden Heere. Arbeiter- und Bauernorganisationen sollen die Liquidierung aller Einrichtungen, die zu militärischen Zwecken bestimmt sind, kontrollieren. Die Sowjetunion hält den Weltfrieden für unerlässlich und verwirft das kapitalistisch-imperialistische System, das Kriege herbeiführt.

Vorschlag der Delegation mit Emmy Freundlich und Friedrich Adler.

1. Durch internationale Konventionen sind die Ein- und Ausfuhrverbote zu beseitigen. Für alle Rohstoffe der industriellen und agrarischen Produktion

sowie für die Lebensmittel ist Zollfreiheit zu fordern. Die Zölle auf Fabrikate sind abzubauen. Im besonderen ist die Abtragung der innereuropäischen Zollmauern eine Voraussetzung für die Gesundung der europäischen Wirtschaft. Als erster Schritt auf diesem Wege sind die Aufstellung eines einheitlichen Zolltariffes sowie Vereinbarung über Vereinheitlichung und Milderung der Verwaltungsvorschriften für den Warenverkehr durchzuführen. Ferner sind einheitliche Grundsätze für die allgemeinen Bestimmungen von Handelsverträgen zu vereinbaren. An dem Prinzip der Meistbegünstigung ist festzuhalten.

Der Abschluß von Zollunionen kann als vorbereitende Etappe für die fortschreitende Beseitigung der Zollschranken dienen; aber die Organisation der internationalen Wirtschaftsgemeinschaft führt zu ihrer Aufhebung zugunsten einer allgemeinen Organisation der wirtschaftlichen Solidarität, ebenso wie die politischen Sonderverträge zwischen den Völkern verschwinden müssen angesichts der allgemeinen Organisation des Völkerbundes. — Jede Förderung des Dumping ist zu verurteilen.

2. Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten bedauern, im Augenblick nicht auf die Detailfragen der Probleme der Arbeitsbedingungen sowohl in den Mandats- und Konzeptionsgebieten als in den Kolonien eingehen zu können, aber sie lenken die Aufmerksamkeit auf das Memorandum, das von der englischen Arbeiterklasse der Weltwirtschaftskonferenz vorgelegt wird und ein Kapitel über diese Frage enthält.

3. Der Antrieb zur Absperrung der Märkte gegenüber einem Konkurrenzvorsprung, der auf sozialen Tiefstand der Arbeitskräfte beruht, ist durch Hebung und internationale Angleichung der Arbeitsbedingungen zu beseitigen. Internationale Vereinbarungen über Arbeitszeit, Arbeiterschutz, Arbeitslosenversicherung usw. sind deshalb nicht nur eine sozial-politische, sondern auch eine wirtschaftspolitisch dringliche Forderung. Deshalb ist vor allen Dingen eine Ratifizierung und strenge Durchführung des Washingtoner Abkommens zur Arbeitszeit und der anderen vom Internationalen Arbeitsamt angebahnten Vereinbarungen dringend notwendig.

4. Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten weisen auf die großen Gefahren hin, die den Arbeitern und Konsumenten aus dem unkontrollierbaren internationalen Zusammenschluß kapitalistischer Unternehmungen erwachsen und fordern mit allem Nachdruck den wirksamen Schutz der allgemeinen Interessen gegen diese Gefahr. Sie empfehlen deshalb die Errichtung eines internationalen Amtes, das eine allgemeine Erhebung über alle derartigen internationalen Verbindungen durchzuführen und eine ständige Kontrolle über alle internationalen Abmachungen und deren Wirkung auf die Produktions- und Marktverhältnisse ausüben soll. In allen einzelnen Staaten sind gleichfalls Kontrollämter auf gleicher Grundlage einzurichten. Die erste Aufgabe dieser Kontrolle ist die Sicherung einer ausreichenden Publizität aller getroffenen Vereinbarungen und der ganzen Politik dieser Verbände. Die zweite Aufgabe ist das Einschreiten gegen eine als gemeinschädlich erkannte Politik auf dem Gebiete der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, der Preisbildung und auf dem Gebiete ungleichmäßiger Behandlung verschiedener Abgabengebiete.

Die Arbeiterklasse ist nicht grundsätzlich gegen die Rationalisierung; allein sie kann die Rationalisierung ebenso wie die fortschreitende Organisation der Industrie nur billigen unter bestimmten Bedingungen: Die Arbeitskraft muß vor vermehrter physischer und psychischer Erschöpfung durch entsprechende Verstärkung der Arbeitszeit geschützt werden; der Erfolg der Rationalisierung muß den Arbeitern und Konsumenten in Form besserer Entlohnung und billigerer Preise zugute kommen; die durch die Rationalisierung entstehende Arbeitslosigkeit muß bekämpft werden.

5. Als Mittel der landwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung kommen zunächst in Betracht: Förderung der Technik, des Kreditwesens, Verbesserung

des Abfahes der landwirtschaftlichen Produkte, insbesondere durch Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit den Konsumgenossenschaften, bessere internationale Arbeitsteilung.

Von diesen beiden Vorschlägen erscheinen uns die kurz und bündig gefassten Forderungen der russischen Arbeiterdelegation als die eigentlichen richtigen Arbeiterforderungen.

Vom christlichsozialen Landesparteitag.

Das Volksblatt berichtet in hochtrabenden Worten über den am Sonntag, 18. 5. in Graz stattgefundenen Landesparteitag, von dem es sagt: „Dieser (Landesparteitag) erfreute sich eines außergewöhnlich starken Besuches, womit wieder der klare Beweis erbracht ist, daß die christlichsoziale Partei allen Anfeindungen und Angriffen selbst den Ausgang der Wahlen zum Trotz nicht erschüttert werden kann.“ Der Wahlausgang liegt den Christlichsozialen also doch schwer im Magen.

Das Volksblatt bringt auch die Rede des Parteichefs Hintelen, welcher rückfahrend, bevor er in die Werfenung abging, mit Befriedigung konstatiert: „Eine ungeheure Arbeit liegt hinter uns. Aber die Erfolge dieser Arbeit treten nicht mit dem Lärm der Demagogie in den Vordergrund, es handelt sich um das stille und konsequente Herausarbeiten eines Staates. Wer erinnert sich nicht daran, wie die ganze Macht in diesem Staat beim Zusammenbruch in die Hände der zügellosen Volkswehr kam, wie Soldaten und Arbeiterräte die Herrschaft an sich rissen und alles terrorisierten, eine Herrschaft, die wir nur langsam und unter den schwierigsten Verhältnissen zurückdrängen konnten.“ Hintelen hielt sich mit diesen Worten selbst einen warmen Nachruf für die Tätigkeit, die er gegen die Arbeiterschaft entfaltete.

Unter Punkt Organisation berichtet das Organ der Christlichsozialen, daß ein bedeutender Rückgang in den Reichen ihrer Mitgliedschaft zu bemerken ist. Bei den Lehren seien allerdings Erfolge zu verzeichnen. Diese gereichen der Partei aber keineswegs zur Ehre, den es bleibt den jungen Lehren nur die Wahl — entweder zur christlichsozialen Partei oder — jahrelang hellenlos bleiben. Die Schulbehörden, vom Ortschaftsrat angefangen bis hinauf zum Landesratrat befinden sich ja fast zur Gänze in christlichsozialen Händen. Die obigen Enthaltungen, besonders die Ausführungen Hintelens, bringen für die Proletarier die wertvolle Feststellung, daß wir schon weiter waren und wieder zurückgedrängt wurden. Wir werden wieder vorstürmen und dann werden wir aus der Vergangenheit lernend uns so veranlassen müssen, daß wir festhalten.

Die neue Regierung.

Im Jahre 1920 schrieb Trotsky in seinem Buche „Terrorismus und Kommunismus“: „Die gleiche Stimme für den Proletarier und den Leiter Truxst brachte den Bauer formell in die Lage des Vermittlers zwischen diesen beiden Antagonisten. In Wirklichkeit gab die sozial und kulturell rückständige, politisch hilflose Bauernschaft in allen Ländern die Stütze für die reaktionärsten, abenteuerlichsten, absurdsten und korruptesten Parteien ab und unterstützten letzten Endes immer das Kapital gegen die Arbeiter.“

In Österreich haben wir in dieser Regierungsbildung einen praktischen Beweis für diese Auffassung des Gen. Trotsky. Sicherlich wollten viele Bauern von den beiden reaktionärsten Parteien den Christlichsozialen und Großdeutschen nichts mehr wissen. Die Bauern haben das sogar in manchen Versammlungen mit ihren Häufen befunden. Politisch aber noch immer sehr rückständig, können die Landbündler aber trotzdem eine Politik betreiben, die „letzten Endes“ die korruptesten Parteien unterstützt. Die neue Regierung Seipels konnte nur mit Hilfe der Landbündler ins Leben gerufen werden. Wir müssen sehen, daß gerade die rückständigsten Schichten bei den Wahlen ausschlaggebend sind. Die Bauern werden erst dann für die

Sache des Proletariats gewonnen werden, wenn das zur Macht gelangte Proletariat den kleinen Bauer auf Kosten der Stadt und Dorf Bourgeoisie reale Unterstützung geben kann. Von der neuen Regierung muß festgestellt werden, daß sie die Zusammenfassung aller Arbeiter feindlichen Elemente, einen Bürgerblock gegen die Arbeiter darstellt. Rücksichtslos wird diese Regierung den Kampf gegen das Proletariat aufnehmen. Mit doppelten Keulenschlägen muß ihr entgegengetreten werden. Der Schädel soll ihr zum Brummen gebracht werden.

Aus dem Alltag.

Boitsberg, die Stadt ohne Aufbahnhalle.

Eine Stadt ohne Aufbahnhalle gehört sicherlich zu den größten Kuriositäten, die es gibt. Darüber können sogar noch solche faunen, die in Gebieten wohnen, wo die Welt mit Bretter vernagelt ist. Ein Arbeiter, der wie so viele andere mit seiner Familie nur ein Sparherdzimmer bewohnt, und dem ein Kind starb, mußte selbstverständlich mangels einer Aufbahnhalle sein Kind im Sparherdzimmer aufbahren und derweilen mit dem andern Kind in einem Heustadl schlafen. Ähnliches ist vielen schon passiert. Auch leicht erklärlich, denn Arbeiter, die nur einen Raum zur Verfügung haben, müssen und sind in einem solchen Falle gezwungen, den Platz für den aufzubahrenden Toten zu räumen. Dort wo Zimmer und Küche vorhanden ist, helfen sich die Arbeiter so, daß sie sich in die Küche zurückziehen und dort neben den Toten während der Aufbahnungszeit schlafen, kochen. Kurz ihr tägliches Leben abwickeln. Es stelle sich das jeder vor, und es kann keinen geben, der uns nicht zustimmen müßte, daß hier seitens der Gemeindeverwaltung eine der größten Unterlassungsünden begangen wurde. Das Steuersystem der bürgerlichen Regierung, die von den Gemeinden die Steuern herausquetscht und die Gemeinden, darunter besonders die Industriegemeinden, mit leeren Kassen ihren Schicksal überläßt, ist allerdings in erster Linie schuldtragend an diesem Zustand. Ein Teil der Verantwortung trifft aber auch die Genossen von der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion, die seit 1919 in der Mehrheit angemessen dem finanziellen Tiefstand doch für Errichtung einer Aufbahnhalle, wenn auch in primitiver Form, hätten sorgen müssen.

Kartonnagen- und Arbeiterausbeutungsfabrik Brüder Kofkal.

Eigentlich sind die Brüder Fabich, Kartonnagenfabrikbesitzer, Hausbesitzer und Blumengeschäftsinhaber, gemeint. Kofkal, das ist der alte Firmenname. Das alte graue Haus am Bischofsplatz, in dem die Kartonnagenfabrik untergebracht ist, verbirgt eine der größten Ausbeuterhöhlen von Graz. Die Gesellschaftsordnung, die an der Ausbeutung verantwortlich ist, wurde noch nicht beseitigt und so steht den Ausbeutungsgelassen der Brüder Fabich den 40 bis 50 Arbeiterinnen gegenüber wenig im Weg. Den Arbeiterinnen, meist junge Mädeln, wird hier zum erstenmal ein praktischer Anschauungsunterricht gegeben, was Kapitalismus heißt. Für einen Wochenlohn von 13 Schilling 20 Groschen müssen sie arbeiten. Fast geht das Geld an Bekleidung und Beschuhung allein aus. Nach einigen Jahren sind die Brüder Fabich großmütig bereit, mehr zu zahlen und zwar 16 Schilling 80 Groschen. Da dieses Brüderpaar sehr gut weiß, daß durch eine gute gewerkschaftliche Organisation dieser schmachvolle Zustand auch in dieser Branche ein Ende nehmen würde, verbietet er den Arbeiterinnen, der Gewerkschaft beizutreten. Mit Entlassungen geht er gegen jene vor, die sein Verbot übertreten. Außerdem verweigert er den Arbeiterinnen das Entgelt und zwingt sie beim Eintritt schon zum Unter-

zeichnen von Verzichtserklärungen, was allerdings bei einer Klage, wenn sie vor das Gewerbegericht kommt, trotzdem dem Unternehmer nicht davor rettet, das Entgelt zu bezahlen. Einer Arbeiterin verweigerte er den Lohn der Ueberstunden und entließ sie, als sie auf ihr Recht bestand. Den Arbeiterinnen, die dort arbeiten müssen, raten wir, sich trotz aller Schikanen vom Eintritt in die Gewerkschaft nicht abhalten zu lassen. Der Zusammenichluß aller Ausgebeuteten in den Gewerkschaften, ist der erste Weg zur Besserung. Vereint läßt sich dann gegen die Unternehmerwillkür leichter kämpfen als vereinzelt. Weiter: Schikanierungen raten wir auch weiterhin dem Mahner bekanntzugeben, den solche Zustände müssen an den Branger. Es sollen alle wissen, das am Bischofsplatz Nr. 2 täglich und stündlich 40—50 Arbeiterinnen auf das schwerste von zwei rücksichtslosen Unternehmerteilen ausgebeutet werden.

Fahrlässigkeit beim Autounternehmen Dengg.

Der Personenautobusverkehr hat in der letzten Zeit einen großen Aufschwung genommen und für Besitzer solcher haben sich ungeheure Profitaussichten eröffnet. Die Gelbgier läßt selbst die nötige Sorgfalt über Bord fallen. So fuhr z. B. das Denggauto Samstag früh von Boitsberg nach Graz, und erlitt einen Autoreisendejehl. Anstatt den Aufenthalt in Graz zur Ausbesserung dieses Defektes auszunützen, wurde unbekümmert die Rückfahrt angetreten. Resultat: Es plagte der zweite Reifen. Ein Unfall hätte eine weitere Folge sein können. Diesmal blieb es nur bei einer dreiviertelstündigen Verspätung. Die Mitreisenden waren furchtbar empört und erklärten in Zukunft wieder die Bahn zu benützen. Vollkommen recht! Wenn Dengg den Reisenden wie bisher keine bessere Gewähr bietet und trotzdem glaubt, sich mit dem Kasfen, über den auch so manches zu sprechen wäre, ein nettes Geld zu verdienen, so wird er sich täuschen. Man wird die Bahn dem Autofahren Dengg vorziehen.

Professor Knauer und der Paragraph 144.

Wir hörten einmal von Professor Knauer, Vorstand der Gebärtklinik, die Meinung, daß Frauen, die keine Kinder zur Welt bringen, auch keine Daseinsberechtigung haben. Als unbedingter Befürworter des § 144 ist er bekannt. In der Praxis mußte eine Proletarierfrau seine Theorie mit dem Tode bezahlen. Das kam folgender Weise. Eine schwer lungenleidende Frau aus der Reubaugasse, stand, ob zwar sie schon mehrere Kinder hatte, neuerlich vor einer Entbindung. Die Frau suchte die Hilfe eines Arztes auf, der mit einem zweiten sich auf alle Fälle gegen die Entbindung aussprach und die Frau an die Klinik des Professor Knauer verwies. Damit war ihr Erdenbafsein aber auch abgeschlossen. Professor Knauer war gegen die Unterbrechung der Schwangerschaft, die schwer lungenkranke Frau mußte die Gebärtmaschine abgeben und starb. So treibt der § 144 Proletarierfrauen in den Tod.

Privat-Kinderbewahranstalt Wienerkrab.

Aus den Ausführungen die Mittwoch, den 18. von der Genossin Lausk in einer Frauerversammlung in der Wienerstraße gemacht wurden, war zu entnehmen, daß die kleine Nest Gollner, deren verzweifelte Hilferufe von einem Fenster aus die ganze Umgebung alarmierte, doch mißhandelt wurde. Die Rede der Genossin Lausk gipfelte in der berechtigten Forderung nach Aufhebung dieser privaten Kinderbewahranstalten, die wahre Brutstätten verkehrter Kindererziehung darstellen und nur zum Schein eine Jugendfürsorge mimieren. Dafür müssen aber die staatlichen Fürsorgeeinrichtungen ausgebaut werden. Die Kinder des Proletariats verbringen in erschreckend großer Zahl ihre Jugend noch in den staubigen Straßen, da das Spielen in den Höfen, auf Gängen und Fluren verboten ist.

Ab Nr. 16 des „Mahnrufes“

Panzerkreuzer Potemkin

Der Matrosen-Aufstand vor Odessa im Jahre 1905

Nach Geheimdokumenten der zaristischen Marine-Abteilung. (Ausführlicher als im Film.)

Macht Eure Freunde und Bekannten aufmerksam! Sichert Euch die laufenden Fortsetzungen durch Bestellung „Des Mahnrufes“.

Neuigkeitsberichte.

Gravestes Mittelalter. In Italien ist es unter dem Faschismus schon so weit, daß die Jesuiten die Todesstrafe für Kezer (der Kirche unliebbare Personen) fordern, also Wiedereinführung der Inquisition.

Gründliche Arbeit. Nachdem die Polizei sechs Tage hindurch vergeblich nach einem verschwundenen englischen Dokumente, das sich in Händen eines Angestellten der russischen Handelsgesellschaft „Arcos“ befinden soll, das Gebäude dieser Gesellschaft in London untersucht hat, die feuer- und einbruchsfestesten Safes durch Sachverständige sprengen ließ, wobei sie sich aller möglichen Instrumente und Motoren im Gesamtgewicht von 2 Tonnen bediente, verließen die englischen Polizeibeamten endlich den Tatort ihrer Provoaktionen gegen Sowjetrußland.

Aus Mussolinien. Dumini, einer der von Mussolini gedungenen Matteottimörder, ist dieser Tage im Gefängnis in Viterbo plötzlich gestorben. Man nimmt an, daß er von Mussolinis Helfern auf unsanfte Weise ins Jenseits befördert wurde, da er dem Duce lässig wurde. Dumini hat seinerzeit für die Beseitigung des Sozialistenführers Matteotti von Mussolini 3 Millionen Lire verlangt.

Geistesgegenwart. In Budapest stürzte ein 3jähriges Kind aus einem Fenster des ersten Stockes. Im Augenblick des Niederfallens ging auf der Straße der Schiffsteuermann S. Radowanowicz vorbei, breitete impulsiv die Arme aus und fing das fallende Kind auf, welches er wohlbehalten der glücklichen Mutter übergeben konnte.

Das Hochwasser am Mississippi. Die Überschwemmungskatastrophe des Mississippi nimmt immer ärgere Dimensionen an. Das bedrohte Überschwemmungsgebiet umfaßt eine Fläche von 50.000 Quadrat-

meilen. Die Breite der Wasserfluten beträgt stellenweise 40 Kilometer. Zahllose Dörfer und Städte stehen unter Wasser. Tausende von Arbeitern verstärken die bedrohten Dämme. Selbst Neu-Orleans ist von den verheerenden Fluten nicht mehr sicher.

Verbotene Nasenringe. Der französische Kolonialminister hat den Negern und Negerinnen verboten, Lippen- und Nasenringe zu tragen. Zuwiderhandelnde werden bis zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt; die Wunderdoktoren, welche diese Operation vornehmen, bis zu 10 Jahren Gefängnis bestraft.

Polizeischikanen. Dem russischen Geiger Soermus wurde von der österreichischen Polizei das Rede- und Aufführungverbot auferlegt. Als in Simmering an seiner Stelle die Veranstalter des Konzertes, waschechte Österr. Staatsbürger, einige erklärende Worte sprachen, wurden ihnen mit dem Verbot der Abhaltung weiterer Soermus-Konzerte gedroht.

Habsburgerumtriebe in Wien. In Wien fand vorige Woche eine Zusammenkunft mehrerer Mitglieder des ehemaligen Kaiserhauses statt. An den Beratungen, welche sich unzweifelhaft mit der Wiedereinführung des „glorreichen“ Hauses Habsburg in Ungarn und Österreich beschäftigten, nahmen außer dem ungarischen Königsmacher Albrecht Habsburg auch die nächsten Verwandten des letzten Kaisers teil. Die österreichische Polizei hat gegen derartige Zusammenkünfte keine Bedenken.

Sacco und Vanzetti. Durch die Intervention des gesamten Proletariates ist es gelungen, die beiden amerikanischen Sozialisten vom elektrischen Stuhl zu retten. Es wird eine neue Untersuchung gegen sie eingeleitet werden.

Reise zum Pfingstfest. Pfingstsonntag, 7. 8. Abfahrt. Pfingstmontag abends Rückkehr. Fahrpreis 5 2.50 hin und zurück. Freunde, Bekannte und Kinder können mitgenommen werden. Für unentgeltliche Quartiere ist gesorgt.

An die Leser des „Mahnrufes“! Die Genossen, die in aufopferungsvoller Arbeit den „Mahnruf“ bei der Finanzkolportierten, werden den Verkauf über die Sommermonate einstellen. Deshalb sofort beigelagte Bestellkarte ausfüllen und mit 2 Groschen frankiert an die Verwaltung einreichen. Der „Mahnruf“ wird dann per Post jede Woche zugesandt.

An die Abonnenten! In der Nummer 14 waren Schecks beigelegt. Wir haben finanziell sehr schwer zu kämpfen. Freunde des „Mahnrufes“ eilt deshalb mit der Absendung der Abonnementgebühren! Nicht verzeihen Leser zu werden!

Versammlungsanzeige.

Allgemeine Mitgliederversammlung. Samstag, 28. Mai, halb 8 abends, Gasthaus „Dreihacken“, Schulgasse. Mitglieder des 6. und 2. Bezirkes treffen sich jeden Mittwoch im Gasthaus Ekmann, Schönauergürtel beim Bildungs- und Gruppenabend. Mitglieder des 4. und 3. Bezirkes treffen sich jeden Mittwoch beim Käntnerwirt, Wienerstraße 44. Mitglieder des 5. und 1. Bezirkes treffen sich jeden Donnerstag, Elisabethnergasse 20.

Bestellschein

für die laufende Postzusendung des „Mahnruf“ (erscheint jeden Montag)

Name:

Adresse:

Beruf:

Deutlich schreiben!

Zustellort und im Kuvert mit 2 Groschen-Strafe an die Stammbuchredaktion, Graz, Elisabethnergasse 20, einreichen.

Verräter würde jede Regierung sein, die vom Proletariat auf den Schild gehoben ist und nicht im gleichen Augenblick folgende Maßregeln durchführen würde:

1. Entwaffnung der bürgerlichen Garden.
2. Bewaffnung der Arbeiter und ihrer Organisationen zur Volksmiliz.

Zweifellos gibt es noch andere unentbehrliche Maßregeln. Aber sie werden ganz natürlich diesem ersten Akt entspringen, der die erste, und einzige Sicherung des Volkes ist.

Kein Gewehr darf in die Hände der Bourgeoisie bleiben! Ohne das keine Rettung.

Die Waffen und die Organisation, das ist das entscheidende Element für den Fortschritt, das sicherste Mittel, um dem Elend ein Ende zu bereiten.

Wer Eisen hat, hat Brot.

Vor den Bajonetten beugt man sich, entwaffnete Haufen legt man weg. Ein Frankreich,

bespuckt mit bewaffneten Arbeitern, das wäre der Aufstieg des Sozialismus.

Vor den bewaffneten Proletariern werden Hindernisse, Widerstände, Unmöglichkeiten, wird alles verschwinden.

Aber für die Arbeiter, die sich mit lächerlichen Straßenaufmärschen, mit dem Pflanzen von Freiheitsbäumen, mit tönenden Advokatenphrasen amüsieren lassen, wird es erst Weihwasser, dann Flüche, dann Kartätschen geben — und Elend immer!

Das Volk mag wählen!
August Blanqui
(Manifest an das Volk, geschrieben im Gefängnis 1848)

Der Arbeitslose.
Von Tor zu Tor,
Von Tür zu Tür
Bin ich gelaufen,
Um meine Kräfte zu verkaufen.

Vergeblich hab' ich überall gefragt.
Man braucht mich nicht.
Hat man mir überall gesagt.
Man braucht mich nicht!!!
Ehrt mich an! Mein Weib und auch mein Kind,
Wie wir verklumpt und elend sind.
Und doch, es trägt der äußere Schein,
Denn seht ihr mir in das Innerste hinein,
Dann würdet ihr bestimmt erschrecken
Und gift'gen, stolzen Haß in mir entdecken.
Und dieser Haß, er pflanzt sich fort,
Von Stadt zu Stadt, von Ort zu Ort.
Ihr braucht mich nicht!
Und haßgestärkt erkenne ich neue Pflichten.
Und müßt' ich jahrelang noch fasten,
Nicht eher will ruh'n und rasten,
Bis eure Nacht in Staub zerfällt,
Und dann braucht mich die neue Welt!

W. Troppenz.

Abonniert und werbet für den „Mahnruf“!